

## „Beteiligung ist gegeben“

**Baden-Baden** (bek). Die Möglichkeiten der Bürgerschaft, sich mit haushaltsrelevanten Vorschlägen zu beteiligen, ist ausreichend gegeben. So jedenfalls die klare Mehrheit im Hauptausschuss des Gemeinderates, der gestern Abend einen von der SPD gestellten und von den Bündnisgrünen unterstützten Antrag auf die Einführung eines „Bürgerhaushalt“ (wir berichteten) mit neun gegen fünf Stimmen ablehnte.

Während für die Antragsteller Kurt Hochstuhl (SPD) und Beate Böhlen (Grüne) die Vorteile unterstrichen, wenn Bürger die direkte Möglichkeit an einer Mitwirkung hätten, verwies Oberbürgermeisterin Margret Mergen auf die in Baden-Baden im Gegensatz zu vielen anderen Städten schon jetzt reichlich vorhandenen Möglichkeiten. OB-Sprechstunde, OB-Vor-Ort-Termine, direkte Eingaben bei der Verwaltung oder über Stadträte und Parteien seien möglich.

Viel wichtiger sei es, die Bürgerinnen und Bürger bei konkreten Themen über Bürgerversammlungen zu informieren und dort Meinungen abzufragen. Der geforderte Bürgerhaushalt sei gegenläufig zu der von ihr gewünschten schlanken Verwaltung.

Genauso sahen es auch die Sprecher von CDU, Freien Wählern und FBB. Auch die FDP, in den vergangenen Jahren selbst immer glühender Verfechter des Bürgerhaushalts war, lehnte den Antrag ab.